

Tarifrunde 2023

3
mit dbb seiten

Man hört und sieht uns!

Bundesweite Warnstreiks
und Proteste

MAGAZIN

März 2023 • 73. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

was für eine furchtbare Katastrophe, zusätzlich zur Frühjahrsoffensive des russischen Kriegstreibers nun auch noch ein verheerendes Erdbeben in der Grenzregion von Türkei und Syrien. Welche Folgen das Handeln von Despoten haben kann, zeigt sich auch hier wieder nachhaltig. In Syrien verweigerte der seit zehn Jahren sein eigenes Volk bekämpfende Machthaber die humanitäre Hilfe für, aus seiner Sicht, Gegner im eigenen Land, fünf Millionen Syrerinnen und Syrer sind nach Medienberichten ohne Obdach und Versorgung. In der Türkei versucht man, die Katastrophe mit über 35 000 Todesopfern zu Wahlkampfzwecken zu instrumentalisieren, Betroffene beschwerten sich derweil über die ausbleibende Hilfe durch die eigenen Regierungen. Dass die Menschen und die Menschlichkeit im Vordergrund stehen, daran lässt sich ob der Vorgehensweise der genannten Regierungen mit Recht zweifeln.

International beobachtet wurde die Wiederholungswahl in Berlin. Diesmal hat's funktioniert. Ob die Partei, die aufgrund des Wahlergebnisses siegreich war, auch regieren wird, steht nicht fest. Ob das dem Wählerwillen entspricht, bleibt ungeklärt.

Die vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte befindet sich derzeit in der Phase der Warnstreiks. Es ist für Sie vielleicht ungewohnt, sich auf der Straße zu zeigen und sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Dennoch ist es zwingend erforderlich, wollen wir wettbewerbsfähige Bezahlung auch im Hinblick auf die Attraktivität und den Fachkräftebedarf wirksam einfordern. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe bildet daher die Berichterstattung über die Beteiligung des vbob an den bundesweiten Warnstreiks. Ein besonderes Dankeschön geht an unsere Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt in Flensburg!

Das Bundesinnenministerium hat am 7. Februar das Beteiligungsgespräch zum neuen Disziplingesetz durchgeführt und am 15. Februar medial im Anschluss an den Kabinettsbeschluss als großen Schritt bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst verkauft.

Fakt ist aber, dass beim Beteiligungsgespräch einhellig und vehement gegen diese völlig unangemessene Verschlechterung der Rechtsposition aller Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten argumentiert und votiert wurde. Lesen Sie dazu ebenfalls in dieser Ausgabe.

Es ist erschütternd, mit wie viel politischem Dogmatismus entgegen besserem Faktenwissen solche Entscheidungen über die Köpfe der eigenen Beschäftigten hinweg lauthals verkündet werden. Erinnert Sie das auch an die Anfänge von Absurdistan? Die Konsequenz für unsere Mitglieder wird sein, dass die Folgen der weiter sinkenden Attraktivität durch eigene Mehrarbeit auszugleichen sein werden.

Als ob es damit nicht genug wäre, hat die gleiche Ministerin inzwischen den auch durch uns seit Langem geforderten Gesetzesentwurf zur sogenannten „Amtsangemessenen Alimentation“ zur Stellungnahme vorgelegt. Nach ihrem Vorgänger Seehofer ein weiterer Versuch, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umzusetzen. Wenn man sich diesen Entwurf durchliest, so kommen der Leserin, dem Leser berechnete Zweifel, ob sich die Ministerin als oberste Dienstherrin zur Gestalterin attraktiver Beschäftigungsbedingungen in der Bundesverwaltung oder ausschließlich als politische Beauftragte für die Verschlechterung der Bedingungen für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte versteht. Neben der unsäglichen Dienstrechtsdebatte liegt hier die nächste Zumutung auf dem Tisch. Seien Sie versichert, dass wir diesen leider erneut ungenügenden Gesetzesentwurf ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es scheint sich hier etwas anzubahnen, was unsere volle Aufmerksamkeit braucht. Die Bundesinnenministerin verneint die im Rahmen der ersten Verhandlungsrunde durch die Gewerkschaften beschriebenen Lebensumstände ihrer eigenen Beschäftigten, priorisiert pauschale Rechtseinschränkungen für die Beamtinnen und Beamten aufgrund vermeintlichen Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst, will die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nutzen, um möglichst kostenneutrale Minimalveränderungen an der Besoldung vorzunehmen, statt mithilfe einer echten Besoldungsreform zu gestalten. Dabei nimmt sie die damit verbundenen Verschlechterungen für die eigenen Beschäftigten billigend in Kauf. Ob die Arbeit durch die Verkündung der Kandidatur in Hessen besser wird, wage ich zu bezweifeln.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir das nicht einfach laufen lassen. Der dbb als unsere Dachorganisation steht an unserer Seite.

Bleiben Sie zuversichtlich!

Mit besten Grüßen
Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Tarifrunde:
vbob streikt und demonstriert bundesweit
Wir können es auch ... 4
- > Novelle des Bundesdisziplargesetzes (BDG):
Auch nach dem Beteiligungsgespräch fehlen die Argumente
für die vorgeschlagene Gesetzesänderung 8
- > Aus den Fachgruppen:
Fachgruppe Bundesverwaltungsamt Hamm stellt sich neu auf 9
- > vbob jugend:
Informationsstunde der vbob jugend im BMWK 9
- > Kommentierte Pressestimmen 10
- > Bundesbauministerin Klara Geywitz als Gast der Bonner MdBs:
Personalrätekonferenz zum Berlin/Bonn-Gesetz 12
- > Der vbob trauert:
Nachruf Günter Strahl 12

> dbb

- > Einkommensrunde 2023:
Mogelpackung verschärft Arbeitskampf 13
- > Einkommensrunde 2023:
Bundesweite Warnstreiks und Proteste 14
- > Nachrichten 17
- > Recruiting – TikTok, Instagram & YouTube:
der öffentliche Dienst in Social Media 18
- > Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels:
Organisationskultur und fähige Führungskräfte sind Schlüssel
zum Erfolg 20
- > Lehrkräftemangel: Kreative Ideen für den ländlichen Raum 26
- > Vorgestellt – Netzwerk Junge Bürgermeister*innen:
Frischer Wind für die Kommunen 28
- > Nachgefragt ... bei Michael Salomo,
Netzwerk Junge Bürgermeister*innen 29
- > Beamtenpolitik – Novelle des Bundesdisziplargesetzes:
Gesetzesänderung könnte Verfahren verlängern 32
- > Senioren – Gespräch mit der Bundespflegebeauftragten:
„Pflege muss neu gedacht werden“ 36
- > Online – Clean IT: Mehr Energieeffizienz
durch nachhaltige Entwicklung 42
- > Frauen – Arbeitsmarktpolitik:
Potenziale der Frauen besser nutzen 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro Berlin:** Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** Anne Hoffmann, Friedhelm Windmüller, FG KBA, Jan Brenner, vbob, fg BVA, Denis Börner, Björn Wylezich/stock.adobe.com, Hannah Helbach, 9dreamstudio/stock.adobe.com. **Titelbild:** Jan Brenner

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 42,70 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. **Einzelheft** 4,80 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 64 (dbb magazin) und **Preisliste** 43 (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage dbb magazin:** 553.225 (IVW 4/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



Tarifrunde vbob streikt und demonstriert bundesweit

Man hört und sieht uns!

Am 24. Januar hat in Potsdam die erste Runde der diesjährigen Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen stattgefunden. Die Gewerkschaften haben den Verhandlungsführern, aufseiten des Bundes die Bundesinnenministern Faeser und für die Kommunen die Gelsenkirchener Oberbürgermeisterin Katrin Welge, einen lautstarken Empfang bereitet.





© FG KBA

> Viele Mitglieder aus dem KBA ...



© FG KBA

> ... folgten dem Aufruf des vbob, sich an dem Streik zu beteiligen ...



© FG KBA

> ... und dies nicht nur zu Fuß.

An der Demonstration durften aufgrund der Vorgaben durch die Polizei nur eingeschränkt Mitglieder der Mitglieds-gewerkschaften teilnehmen. Der vbob war mit zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei.

Der Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, schwor die Anwesenden auf die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst samt deren Belastungen durch die galoppierende Inflation sowie die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise ein und forderte die Verhandlungsführerinnen der Arbeitgeberseite auf, ihren Wertschätzungsbe-kundungen nun auch Taten folgen zu lassen. Bekannterma-ßen gipfelte die erste Runde mit einem gewohnt rituellen



© FG KBA

> Die Streikleiter Bernd Nörenberg, Judith Kelch und Ludwig Hofmann

Vorgehen der Arbeitgeberseite, indem wiederum kein Angebot vorgelegt, sondern lediglich die Forderungen als unseriös abge-tan wurden.

Traurig, aber wahr, Jetzt sorgen die Arbeitgeber durch ihr Verhalten dafür, dass die Ge-werkschaften, auch der vbob, durch Warnstreiks auf die

weiterhin berechtigten For-derungen für die betroffenen Berufsgruppen hinweisen muss. Auch nach dem vermeindlichen Angebot in der zweiten Verhandlungsrunde am 22./23. Februar 2023 haben die Gewerkschaften bereits eine weitere Aus-wei-tung der Warnstreiks angekündigt. Folgende Warn-streiks des vbob haben bereits stattgefunden:

> **Flensburg, 7. Februar – da war doch was?**

Arbeitskampf, Warnstreik im öffentlichen Dienst in Flensburg! Die Arbeitgeber haben zu den Tarifverhandlungen KEIN Angebot vorgelegt. Das ist nicht akzeptabel und völlig unprofessionell. Fachkräfte-

> Auch in Nürnberg sind vbob Mitglieder mit auf der Straße.



© Friedhelm Windmüller



© Jan Brenner

> Beschäftigte des BND und anderer Berliner Behörden trafen sich am 17. Februar bei Schmuddelwetter.

einfordern, statt sich professionell auf die Tarifverhandlungen vorzubereiten. Sogar Petrus war auf unserer Seite, denn herrlicher Sonnenschein begleitete uns auf unserem Marsch.

10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro hören sich nach viel an, aber das sind unsere berechtigten Forderungen, um die Inflation abzufangen. Schon jetzt kommen nur noch wenige junge Menschen in den öffentlichen Dienst – glauben die Arbeitgeber denn, es werden mehr, wenn man schlecht bezahlt wird? Hoffentlich ist bei den Arbeitgebern angekommen, dass gute Arbeit auch fair bezahlt werden muss!

Wir fürchten, das war nicht der letzte Warnstreik für diese Verhandlungen, aber wenn es sein muss, gehen wir eben wieder und wieder und wieder gemeinsam auf die Straße. Zusammen sind wir stark! Und nächstes Mal machen hoffentlich noch mehr Kolleginnen und Kollegen mit und sind dabei!

> Berlin, 17. Februar – strömender Regen, das Käppi sitzt ...

„Egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, die Kolleginnen und Kollegen der unteren Einkommens- und Besoldungs-

mangel auf höchster Ebene. Leider.

Rund 700 Gewerkschaftler, darunter ca. 150 vom vbob aus dem KBA, sind daher dem Aufruf der dbb tarifunion gefolgt, um deutlich zu machen, dass das nicht mit uns zu machen ist und vernünftige Verhandlungen zur Not eben auch erzwungen werden müssen. Wertschätzung durch die Arbeitgeber sieht anders aus

und kann nicht mit einem Dankeschön für uns enden. Mit einem „Danke“ können wir weder die Miete, die Heizkosten, den Strom noch an der Kasse bezahlen und die Inflation trifft uns alle. In der Politik scheint das unbekannt zu sein.

Also auf zum Warnstreik in Flensburg! Auf dem Protestmarsch durch die Innenstadt gemeinsam mit den anderen

dbb Gewerkschaften, wie zum Beispiel auch der komba, wurden alle unsere Flaggen gezeigt und richtig laut der Unmut der Kolleginnen und Kollegen durch Pfeifen und Ratschen unterstrichen. Da muss der Verkehr leider auch mal warten und den knapp eine Stunde dauernden Protestmarsch ertragen. Beschwerden können sie sich bei ihren Politikerinnen und Politikern, die dieses Ritual immer wieder



© Jan Brenner



© Anne Hoffmann



© Friedhelm Windmüller

Das Begrüßungskomitee des vbb zur zweiten Verhandlungsrunde ...

... mit Blick in die Runde

gruppen haben – mindestens in Berlin – inzwischen Anspruch auf Wohngeld. Vielleicht sollten die Dienststellenleiter zusammen mit der Ernennungsurkunde gleich einen Sozialhilfeantrag überreichen“, so Ludwig Hofmann, Streikleiter und stellvertretender Bundesvorsitzender der vbb Gewerkschaft Bundesbeschäftigte am 17. Februar 2023 vor der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes. So könne es nicht weitergehen. „Darum sind 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr auch gerechtfertigt. Wertschätzung muss sich auch auf dem Gehaltszettel zeigen“, betonte Hofmann.

Die Ortswahl stellte klar, dass der vbb auch in den Sicherheitsbehörden des Bundes stark vertreten ist. Auch in diesen, für die außen- und innenpolitischen Entscheidungsträger relevanten Informationsdienstleistungen sind die Beschäftigten von der aktuellen Teuerung in allen Lebenslagen betroffen.

Ob Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung, Mitarbeitermotivation oder Personalentwicklung: Mit ihrer Verweigerungshaltung in der aktuellen Einkommensrunde würden Bund und Kommunen sich mittel-

und langfristig ins eigene Fleisch schneiden. Hofmann: „Der Personalmangel wird sich in den nächsten Jahren massiv verschärfen. Gleichzeitig schwächen die Arbeitgebenden die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt. Das wird sich rächen und dann ist das Geschrei groß. Darum: Die Zeit zum Handeln ist jetzt!“

■ Potsdam – Aufschlag zur zweiten Verhandlungsrunde

Zum Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde bei den Tarif-

verhandlungen Bund und Kommunen am 22. Februar sammelte sich erneut eine vbb Delegation vor dem Kongresshotel in Potsdam, um für die Forderung 10,5 Prozent und 500 Euro Sockelbetrag lautstark einzutreten. dbb Tarifvorstand Volker Geyer betonte in seiner Ansprache, dass die Geduld der Kolleginnen und Kollegen am Ende sei und die hohe Beteiligung an den Warnstreiks dies auch eindeutig zeige. Die oftmals zitierte Wertschätzung der Arbeitgeber müsse nun endlich in die Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebotes der Arbeitgeberseite münden. ■

Novelle des Bundesdisziplinargesetzes (BDG)

Auch nach dem Beteiligungsgespräch fehlen die Argumente für die vorgeschlagene Gesetzesänderung

Bundvorsitzender Frank Gehlen war als Mitglied der Abordnung des dbb beamtenbund und tarifunion am 7. Februar 2023 gemeinsam mit Friedhelm Schäfer (2. Vorsitzender und Fachvorstand Beamte des dbb), Heiko Teggatz (stellv. Bundvorsitzender des dbb) und Dieter Dewes (BDZ-Bundvorsitzender) zum Beteiligungsgespräch im BMI. In einem solchen Beteiligungsgespräch werden auf Basis der zu einem Gesetzesentwurf eingereichten Stellungnahmen die von der Änderung betroffenen Interessenvertretungen angehört.

Einigkeit bestand unter allen Beteiligten darin, dass verfassungsuntreue Beamtinnen und Beamte nichts im öffentlichen Dienst zu suchen haben und unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit so schnell wie möglich aus dem Dienst entfernt werden müssen. Die Verfassungstreue ist Kernbestandteil der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Die Zielsetzung des Entwurfs unterstützte daher auch die dbb Abordnung.

Entwurf erreicht die Zielsetzung nicht

Der vom BMI vorgelegte Referentenentwurf erreicht in der vorliegenden Fassung dieses Ziel nicht! Es wird seitens des BMI der Anschein erweckt, dass verfassungsfeindliche Beamtinnen und Beamten schneller aus dem Dienst entfernt werden könnten, weil die Dienstbehörde selber die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis als Disziplinarmaßnahme verhängen darf.

Faktisch bedeutet die vorgeschlagene Regelung, dass die Verfahren sogar verlängert werden, weil neben dem geltenden und bewährten behördlichen Disziplinarver-

nargewalt zugunsten einer umfassenden Disziplinarbefugnis der Disziplinarbehörden/ des Dienstherrn. Dies gilt nicht nur für die Entfernung aus dem öffentlichen Dienst, sondern auch für die Zurückstufung.

Weiterhin sieht der vorgelegte Referentenentwurf vor, im Fall einer behördlichen Disziplinarverfügung auf Entfernung aus dem Dienst die Besoldung bis zum Abschluss des gerichtlichen Widerspruchsverfahrens unter Vorbehalt zu stellen. Da-

ein, dass im Jahr 2022 insgesamt nur drei Verfahren (!) gegen Beamtinnen und Beamte geführt worden sind, in denen die Entfernung aus dem Dienst wegen „Verfassungsuntreue“ beabsichtigt war.

Bundvorsitzender Gehlen äußerte sich fassungslos über die offensichtlichen Fakten, auf welchen die beabsichtigte Gesetzesänderung fußt: „Als Verwaltungsbeamter habe ich gelernt, dass alle von mir getroffenen Entscheidungen und daraus abgeleiteten Maßnahmen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterliegen müssen. Da dieser Gesetzesentwurf auf dem Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung fußt, muss ich feststellen, dass der amtierenden Bundesregierung dieser Grundsatz offensichtlich abgeht! Aufgrund dreier Fälle den Rechtsschutz für 200 000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte zu schwächen, das ist vollkommen unangemessen! Es zeigt sich an diesem Beispiel, wie die eigenen Beschäftigten bei der Durchsetzung politischer Dogmen zum Opfer werden können!“



Friedhelm Schäfer, Dieter Dewes, Heiko Teggatz und Frank Gehlen (von links)

fahren und einem bis zu dreistufigen gerichtlichen Instanzenzug noch ein behördliches Widerspruchsverfahren hinzukommt.

Entwurf ändert das bewährte Disziplinarrecht zulasten der verfassungstreuen Beamtinnen und Beamten

Die vom BMI vorgeschlagene Neuregelung verändert zudem in wichtigen Punkten das bewährte Disziplinarrecht des Bundes zulasten der verfassungstreuen Beamtenschaft. Der Gesetzesentwurf entzieht den Disziplinargerichten als neutralen Stellen die Diszipli-

mit besteht die große Gefahr, dass betroffene Kolleginnen und Kollegen aufgrund der sich aus dieser Verschlechterung ergebenden finanziellen Situation in ihrem Rechtsschutz eingeschränkt werden.

Die Nachteile des Referentenentwurfs treffen nicht nur Verfassungsfeinde. Vielmehr soll die Neuregelung für sämtliche Bundesbeamtinnen und -beamte Anwendung finden – unabhängig davon, ob es sich bei den Verfehlungen um leichte oder schwerwiegende Verfehlungen bis hin zum Vorwurf der „Verfassungsuntreue“ handelt oder nicht. Das BMI selbst räumte in dem Gespräch

Unsere Forderungen lauten daher folgerichtig:

- > Rücknahme des vorgelegten Referentenentwurfes
- > Beibehaltung des bewährten Systems des derzeit gültigen Bundesdisziplinargesetzes
- > Beschleunigung der behördlichen Ermittlungen im Disziplinarverfahren durch Fachpersonal in separater Struktur (Bundesdisziplinaranwalt)
- > Personelle Aufstockung der Disziplinarkammern bei den Verwaltungsgerichten
- > Aufnahme des § 130 StGB (Volksverhetzung) in den Katalog des § 41 (1) Nr. 2 BBG

fg

Aus den Fachgruppen

Fachgruppe Bundesverwaltungsamt Hamm stellt sich neu auf

Für ihre diesjährige Mitgliederversammlung hatte die Fachgruppe ein besonderes Datum gewählt: den 24. Januar 2023. An diesem Tag begann auch die neue Tarifrunde des Bundes und der Kommunen. Neben dem geselligen Beisammensein stand die Neuwahl des kompletten Fachgruppenvorstands auf der Tagesordnung.

Während ihrer Neujaarsversammlung konnten sich die Mitglieder der Fachgruppe Bundesverwaltungsamt (BVA) Hamm nicht nur von ihrem langjährigen Vorstand verabschieden, sondern auch die Wahl eines neuen Vorstands feiern, der nun seine Amtszeit antritt.

In ihrer Begrüßung wies die scheidende stellvertretende Vorsitzende Evelyn Hopp-

mann zunächst einmal auf das besondere Datum der Versammlung hin, das mit dem Start der Einkommensrunde 2023 zusammenfiel. Sie rief sowohl die Tarifbeschäftigten als auch die Beamtinnen und Beamten dazu auf, die Verhandlungen und die geplanten Aktivitäten aktiv und konsequent zu unterstützen. Ein herzliches Willkommen galt zudem zwei neuen Mitgliedern, die bereits in diesem

noch jungen Jahr dem vbob beigetreten waren.

Anschließend dankte Evelyn Hoppmann den zwei weiteren scheidenden Vorstandsmitgliedern, dem Vorsitzenden Christoph Fesser und der Schatzmeisterin Sabine Richert. Beide haben die Gewerkschaftsarbeit in der Fachgruppe BVA Hamm fast 30 Jahre lang geprägt, getragen und vorangebracht.

An diese erfolgreiche Arbeit wollen nun die neu gewählten Vorstandsmitglieder anknüpfen: Manuela Flesch-Heinemann als Vorsitzende, Heike Hagedorn als stellvertretende Vorsitzende, Thomas Dankwart als Schatzmeister und die drei Beisitzer Sabrina Müller-Mai, Annica Zimmermann sowie Jens Reinecke.



> Annica Zimmermann, Heike Hagedorn, Thomas Dankwart, Sabrina Müller-Mai, Manuela Flesch-Heinemann, Jens Reinecke (von links)

Verabschiedung und Neuwahl fanden mit dem anschließenden Neujaarsessen und einem geselligen Beisammensein ihren gebührenden und gelungenen Abschluss.

Evelyn Hoppmann

vbob jugend

Informationsstunde der vbob jugend im BMWK

Ein Stimmungsbild der Nachwuchskräfte des öffentlichen Dienstes einzuholen, gilt als fundamentale Arbeit der AG Jugend des vbob. Darum wurde am 17. Januar eine Informationsstunde im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in Berlin mit Liveübertragung nach Bonn organisiert.

Malena Ammann und Denis Börner sorgten für einen entspannten Empfang der Gäste, welche während der Mittagspause mit Pizza gut versorgt wurden. Anschließend wurde die AG Jugend durch Morris Hültner vorgestellt und über den gewerkschaftlichen Auftrag aufgeklärt. Hierzu zählen neben der Betreuung der jungen Mitglieder bei Fragen und Problemen rund um das The-

ma Ausbildung, Studium usw. auch die Sammlung der Stimmen ebendieser.

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen gab es dabei genug Gesprächsstoff. Es wurde erneut betont, wie wichtig eine gerechte Bezahlung während der Ausbildung in Zeiten der Inflation ist. Aber auch die unbefristete Übernahme im Anschluss ist

eine Forderung, welche die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für junge Menschen steigern würde. Betrachtet man die Zahl der offenen Stellen in Verbindung mit dem demografischen Wandel, sollte ein derartiges Verlangen eigentlich auch im Interesse des Arbeitgebers sein.

Um die Meinungen auch weiterhin gut sammeln zu können, wurde auf die verschiedenen Informationskanäle der vbob jugend hingewiesen und um Verbreitung gebeten. Denn auch so können strukturelle Probleme und Verbesserungsvorschläge der Jugend in den Behörden zusammengetragen werden und ein gegenseitiger



> Während der hybriden Informationsveranstaltung der vbob jugend

ger Austausch zwischen den Geschäftsbereichen stattfinden.

Wir bedanken uns nochmals bei der Fachgruppe des BMWK für die freundliche Unterstützung der Veranstaltung.

mh

Kommentierte Pressestimmen

■ Tarifverhandlungen 2023 – Gewerkschaften zeigen sich kämpferisch

„Die Beschäftigten wollen Taten sehen“, sagte der Vorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, der **Deutschen Presse-Agentur** in Berlin. Die Verhandlungen für mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen haben begonnen. Flächendeckende Warnstreiks sind möglich. Verhandelt wird über die Einkommen unter anderem von Müllwerkern, Erzieherinnen, Krankenschwestern, Juristen, Busfahrern. Tausende Berufe sind betroffen – auch Feuerwehrleute, Altenpflegerinnen, Klärwerksmitarbeiter, Förster und Ärzte. Entsprechend groß könnten Auswirkungen von Warnstreiks für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Verdi und der dbb fordern 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hatte bereits nach der Präsentation der Forderungen im Oktober eine Umsetzung als „schlicht nicht leistbar“ bezeichnet. „Wir haben Verständnis für die Sorgen der Beschäftigten angesichts der aktuell hohen Inflation, aber auch die kommunalen Arbeitgeber befinden sich in ei-

ner enorm schwierigen Lage“, so VKA-Präsidentin Karin Welge, SPD-Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die seitens des Bundes die Verhandlungen führt, sagte: „Die Forderungen der Gewerkschaften sind hoch und sie treffen auf eine angespannte Haushaltslage, insbesondere auch in den Kommunen.“ (dpa – Deutsche Presseagentur, Dienstag, 24. Januar 2023)

■ Die Tarifverhandlungen sind ohne Ergebnis vertagt worden

Die zweistellige Forderung der Gewerkschaften weisen die Kommunen als „inakzeptabel“ zurück. Man werde nun „Begleitmusik“ starten, sagte Ulrich Silberbach, Chef des dbb. Dafür könnte es schon bald bundesweite Warnstreiks geben. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach von „einem guten und konstruktiven Auftakt“. Richtig sei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr belastet seien durch die Coronakrise und die Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine. Zugleich sei die Haushaltslage vor allem der Kommunen aber sehr angespannt. Gemeinsam werde nun daran gearbeitet, „eine tragfähige Lösung“ zu finden.

Auch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zeigte sich trotz der Unterschiede optimistisch. Die Gewerkschaften setzen darauf, dass die Arbeitgeber die Zeichen der Zeit erkannt haben und ein gutes Angebot machen.

VKA-Präsidentin Karin Weigel wandte sich dagegen strikt gegen „eine überproportionale Stärkung der unteren Berufsgruppen“. Es sei bereits heute sehr schwer, Leistungsträger zu finden. Es wurde darauf verwiesen, dass die Preise seit dem jüngsten Tarifabschluss von 2020 um 11 Prozent gestiegen seien, die Einkommen aber nur zwischen 3 und 4 Prozent. VKA-Verhandlungsführerin Welge wies die Darstellung von Reallohnverlusten als „Mär“ zurück. Mit einem Anstieg um 7,9 Prozent hatte die Bevölkerung in Deutschland im vergangenen Jahr den stärksten Preisschock seit Gründung der Bundesrepublik erlebt. Zum Ende dieses Jahres hofft Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nun auf eine Teuerungsrate unter 5 Prozent.

In welchem Umfang größere Arbeitskämpfmaßnahmen notwendig würden, hänge vom Verlauf des zweiten Ver-

handlungstermins am 22. und 23. Februar ab. Arbeitgeber verweisen auf hohe Kosten. Welge zeigte sich unbeeindruckt: „Das ist das Ritual der Gewerkschaften, die natürlich ihre Mobilisierung immer auf der Straße machen.“ Laut VKA würden die Kosten für das geforderte Lohnplus bei den kommunalen Arbeitgebern mit rund 15,4 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Beim Bund wären laut Innenministerium Mehrkosten von rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr die Folge. (ZDF)

■ Beamtenbund droht mit „Lockdown“

Kitas, Müllabfuhr, Straßenbahnen – in wichtigen Bereichen droht Stillstand, warnt der Beamtenbund. Im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes ist keine Einigung in Sicht. Von möglichen Streiks im öffentlichen Dienst wären auch Kitas betroffen. Die Arbeitgeber sollen wissen: Das ist kein Spaß, eben nicht das übliche Ritual. „Ein solcher harter Arbeitskampf droht, wenn die Arbeitgeber nach drei Verhandlungsrunden kein Angebot vorlegen“, kündigte Silberbach an. „Dann droht ein Arbeitskampf, also ein Lockdown für den öffentlichen Dienst“, betonte er. „Dann bleiben Straßenbahnen stehen, Kitas zu und der Müll

bleibt liegen. Dann wird es ungemütlich in diesem Land.“ Silberbach forderte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu einem Machtwort für die Finanzierung eines angemessenen Abschlusses auf. Auch die Länder müssten mehr Bundesmittel an die Kommunen weitergeben. Der Beamtenbundchef rief außerdem Bund, Länder und Kommunen auf, entschiedener gegen den Personalmangel im öffentlichen Dienst vorzugehen. „Uns droht ein Staatsversagen“, sagte Silberbach. Der öffentliche Dienst könne die Vorgaben der Politik angesichts des Personalmangels und der „unzureichenden Digitalisierung“ nicht erfüllen. Dies wisse die Politik. Es werde aber argumentiert, dass die notwendigen Verbesserungen für den öffentlichen Dienst zu viel Geld kosten würden. „Doch Geld ist da: In den vergangenen Jahren hat Deutschland über 600 Milliarden Euro als Reaktion auf all die Krisen auf den Tisch gelegt“, sagte der dbb Vorsitzende. (ZDF, 30. Januar 2023)

■ Abschied der Babyboomer – dem Staat werden 840 000 Fachkräfte fehlen

Nur noch wenige Jahre und die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer werden sich endgültig vom Arbeitsmarkt verabschieden. Auch Deutschlands größter Arbeitgeber, der Staat, steuert auf ein massives Personaldefizit zu – mit Auswirkungen für alle Bürger und Unternehmen. Bis 2030 werden demnach etwa 840 000 Vollzeitfachkräfte im öffentlichen Dienst fehlen. Momentan sind es rund 360 000. Besonders gravierend wird sich demnach der Mangel an IT-Fach-

kräften entwickeln. In dem Bereich, so die Studie, werden in sieben Jahren 140 000 Stellen unbesetzt sein. Bereits heute fehlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene rund 39 000 Fachkräfte in Informatik- und IT-Berufen.

Ulrich Silberbach, dbb, zeigt sich angesichts dieser Prophezeiungen frustriert: „Vor diesem dramatischen Fachkräftemangel, nicht nur im IT-Bereich, warnen wir nun bereits seit einer Ewigkeit“, sagt Silberbach. Die bisher getroffenen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen

sich als Arbeitgeber werben sollte. Außerdem fordert McKinsey, ähnlich wie dbb Chef Silberbach, flexiblere Arbeitsmodelle, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Das Problem: In den kommenden Jahren wird der Staat im Wettstreit um die besten Fachkräfte zunehmend in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten. Bisher gehen die Amtsstuben vor allem beim Buhlen um die begehrten IT-Fachkräfte fast leer aus. Laut McKinsey arbeiten lediglich drei Prozent der sozialversicherungspflichtigen IT-Fachkräfte im öffentlichen Sektor. Wenn

chen Dienst entscheiden.“ Die Studie von McKinsey kommt deshalb zu dem Schluss, dass sich der Staat bei seiner Einstellungspolitik in einigen Punkten an Privatunternehmen orientieren sollte. Einige DAX-Unternehmen beispielsweise identifizieren in der Karriere ihrer Mitarbeiter wichtige Momente, die einen besonderen Einfluss darauf haben, wie die Arbeit bewertet wird. Dazu zählen etwa die ersten Arbeitstage oder Mitarbeitergespräche. Diese „Momente der Wahrheit“ sollten speziell in den Fokus genommen und verbessert werden. Auch der Ein-

„Egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, die Kolleginnen und Kollegen der unteren Einkommens- und Besoldungsgruppen haben – mindestens in Berlin – inzwischen Anspruch auf Wohn-geld. Vielleicht sollten die Dienststellenleiter zusammen mit der Ernennungsurkunde gleich einen Sozialhilfeantrag überreichen“

Ludwig Hofmann, Streikleiter und stellvertretender Bundesvorsitzender der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte am 17. Februar 2023

Dienstes reichten nicht aus. Es brauche dringend bessere Einkommen und attraktivere Arbeitsbedingungen etwa bei „Selbstverständlichkeiten wie mobilem Arbeiten und moderner Hardware“. Schließlich werden bis 2030 rund 1,5 Millionen Personen aus Altersgründen ausscheiden – das ist fast ein Drittel der Beschäftigten.

McKinsey schlägt vor, dass der öffentliche Dienst aktiver in Schulen und Universitäten für

es bei dieser Quote bleibt, würden von den jährlich nur rund 26 000 Absolventen in IT-Berufen gerade einmal 800 pro Jahr in den öffentlichen Sektor gehen – eine riesige Diskrepanz zum eigentlichen Bedarf. Silberbach warnt daher: „Wenn junge IT-Fachkräfte mitbekommen, wie Digitalisierungsprojekte des Staates immer wieder wegen Kompetenzgerangels und verkrusteter Strukturen scheitern, werden sie sich nicht für den öffentli-

stellungsprozess müsse sich dringend beschleunigen. Um den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken, braucht es laut den Studienautoren auch Migration aus dem Ausland.

Gelingt das nicht, dürfte die deutsche Verwaltung bei Zukunftsthemen wie künstlicher Intelligenz, Softwareentwicklung oder Cloud-Diensten weiter den Anschluss verlieren. (handelsblatt.com) lb

Bundesbauministerin Klara Geywitz als Gast der Bonner MdBs Personalrätekonferenz zum Berlin/Bonn-Gesetz

Am 13. Februar trafen sich die Personalräte der Bundesverwaltung auf Einladung der Bonner Bundestagsabgeordneten in Bonn zur Personalrätekonferenz.

Erstmals nach der Bundestagswahl 2021 waren nicht nur die Personalräte und Gewerkschaften, sondern auch Bundesbauministerin Klara Geywitz eingeladen. Als zuständige Bundesministerin für den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Abschluss eines

Staatsvertrages zum Berlin/Bonn-Gesetz hielt sie einen Impulsvortrag, in dem sie auf die Pläne der Bundesregierung zum Thema einging.

Zu den Fragestellungen gehörte auch, Bonn als zweiten Schwerpunkt des Bundes für die Fach-

kräftegewinnung zu begreifen. Eckpunkte zu einer solchen Vereinbarung sollen bereits Ende 2023 vorgestellt werden, um den formellen Abschluss des Vertrages nebst notwendiger parlamentarischer Beteiligung in Bund und in den Ländern NRW sowie RLP als Vertragspartner des Bundes noch vor dem Ende der Legislaturperiode im Bund zu bewältigen.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion begrüßte

Bundesvorsitzender Frank Gehlen einerseits die aufgrund des Einsatzes der Ministerin gestiegene Verbindlichkeit als Chance für den Abschluss der Vereinbarung. Andererseits sei das Handeln der Bundesregierung und ihrer Mitglieder an anderer Stelle selbst kontraproduktiv für diesen Prozess und somit ursächlich für einen Teil der Beschwerden aus dem Kreis der Personalräte. Es sei manches mit einer Verhaltensänderung getan, auch ohne die angestrebte Vereinbarung.

In der Fragerunde trugen die Personalräte die fehlende Wertschätzung der Bundesministerinnen und Bundesminister bei der Wahrnehmung und dem Besuch der Bonner Dienstsitze vor. Die Abgeordneten fassten zum Abschluss zusammen, wie begrüßenswert das Engagement der Bauministerin und wie wichtig auch weiterhin der Austausch mit den Personalräten und Gewerkschaften zum Thema bleibt. Ein Vorschlag für eine Veranstaltung mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Ressorts wird geprüft.



© Hannah Helbach

fg

> Der vbob trauert

Nachruf Günter Strahl

Am 3. Februar 2023 verstarb unser langjähriges Mitglied Günter Strahl im Alter von 101 Jahren.

Günter Strahl war seit 1966 vbob Mitglied und von 1983 bis 1990 Bundesgeschäftsführer des vbob. In dieser Zeit hat er mit Augenmerk und Empathie gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden Kurt Kleff die Geschicke des vbob gelenkt.

Für seine langjährigen und besonderen Verdienste wurde ihm 1983 vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Bundesvorstand



© 9dreamstudio/stock.adobe.com